

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

38. Ministerrat

18. November 2020

1. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 29. Oktober 2020, mit dem der Beschluss Nr. 175 vom 13. Oktober 2020 betreffend „Verlängerung der Gültigkeit der Schwellenwertverordnung 2018“ vorgelegt wird.
2. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 2. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Oktober 2020 betreffend „Streichung der Anrechnung erhöhter Familienbeihilfe beim Pflegegeld“ vorgelegt wird.
3. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 2. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Oktober 2020 betreffend „Gewalt gegen Frauen und Kinder, häusliche Gewalt“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 2. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Oktober 2020 betreffend „Weiterentwicklung der Mutter-Kind-Passes“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 4. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Oktober 2020 betreffend „Frühe Hilfen: Nachhaltige Verankerung und Finanzierung sowie gelingendes Aufwachsen von Kindern – Verbesserung der Grundlagen für die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen im Bereich Prävention“ vorgelegt wird.
6. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 2. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Oktober 2020 betreffend „Kinder- und Familienarmut in Österreich“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 4. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Oktober 2020 betreffend „Zeitverwendungsstudie“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „Katastrophenfonds; Rotes Kreuz“ vorgelegt wird.
9. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „Personalmanagement Landeslehrer/innen“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „Aufbau- und Resilienzfähigkeit;

Gemeinsame Erstellung eines nationalen Reformprogrammes des Bundes und der Länder“ vorgelegt wird.

11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „Digitales Amt“ vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „1-2-3-Ticket“ vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 6. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „COVID-19-Pandemie; Einreisebeschränkungen; vereinheitlichte europäische Standards für Einreisebeschränkungen samt Konsequenzen“ vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 9. November 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2020 betreffend „COVID-19-Pandemie; rasche Unterstützung von mittelbar betroffenen Branchen für die Zeit des Lockdowns“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 2. November 2020, mit dem eine Resolution vom 30. Oktober 2020 betreffend „Wo bleibt der Corona-Tausender für die Helden der Krise?“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 2. November 2020, mit dem eine Resolution vom 30. Oktober 2020 betreffend „Familien in der Corona-Krise endlich unterstützen“ vorgelegt wird.
17. Schreiben der Bürgermeisterin von Alkoven vom 29. Oktober 2020, mit dem eine Resolution vom 30. September 2020 betreffend „Zuflucht für schutzsuchende Kinder und Jugendliche von Moria“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Bürgermeisters von Nüziders vom 2. November 2020, mit dem eine Resolution vom 29. Oktober 2020 betreffend „Gemeindebeteiligung an gerechter, geordneter und menschlicher Verteilung von Geflüchteten“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Bürgermeisters von Gössendorf vom 29. Oktober 2020, mit dem „ein Antrag auf Erlassung einer Verordnung mautfreier Autobahnabschnitte nach den Bestimmungen des Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002“ vorgelegt wird.
20. Schreiben der Bürgermeisterin von Stockerau vom 20. Oktober 2020, mit dem eine Resolution vom 29. September 2020 betreffend „Strukturreform Pflege“ vorgelegt wird.
21. E 328/E-BR/2020 vom 5. November 2020 betreffend „Ausbau der psychosozialen Angebote in den Bundesländern im Zusammenhang mit der Covid-19-Tourismuskrise“ (Wortlaut siehe Beilage).

22. E 329/E-BR/2020 vom 5. November 2020 betreffend „Entlassung des Bundesministers für Inneres Karl Nehammer“ (Wortlaut siehe Beilage).
23. E 107-NR/XXVII.GP vom 5. November 2020 betreffend „Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission“ (Wortlaut siehe Beilage).
24. E 108-NR/XXVII.GP vom 5. November 2020 betreffend „den barbarischen Terroranschlag auf die Bundeshauptstadt Wien“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 5. November 2020 betreffend Ausbau der psychosozialen Angebote in den Bundesländern im Zusammenhang mit der Covid-19-Tourismuskrise

angenommen anlässlich der Debatte über den Bericht der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus betreffend Tourismus in Österreich 2019 (III-717-BR/2020 d.B. sowie 10431/BR d.B.)

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht,

- 1) eine grundlegende Reform der psychischen Versorgung in Österreich rasch einzuleiten sowie
- 2) im Zuge dieser Reform eine Gleichbehandlung der Berufsgruppen Klinische Psychologen, Psychiater und Psychotherapeuten anzustreben und gesetzlich zu verankern.“

329/E-BR/2020 – EntschlieÙung

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 5. November 2020 betreffend Entlassung des Bundesministers für Inneres Karl Nehammer

angenommen anlässlich der Debatte über den Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich (Sicherheitsbericht 2018) (III-699-BR/2019 d.B. sowie 10434/BR d.B.)

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse der Sicherheit Österreichs, dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, den Bundesminister für Inneres, Karl Nehammer, zu entlassen und durch eine geeignete Persönlichkeit zu ersetzen.“

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 5. November 2020

betreffend Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission

Der Nationalrat begrüÙt die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Er ersucht die Bundesregierung und insbesondere den Bundesminister für Inneres und die Bundesministerin für Justiz die Unabhängigkeit der Kommission sicherzustellen und einen vollständigen Bericht über sämtliche Empfehlungen der Kommission umgehend nach Fertigstellung dem Nationalrat zu übermitteln.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 5. November 2020

betreffend den barbarischen Terroranschlag auf die Bundeshauptstadt Wien

Der Nationalrat verurteilt diesen schrecklichen Akt des Terrors und spricht den Sicherheitskräften, Rettungskräften und dem medizinischen Personal seinen großen Dank aus. Er ersucht die Bundesregierung nach intensiver Evaluierung und Beurteilung der bestehenden Rahmenbedingungen unter Einbeziehung entsprechender Expertinnen und Experten sowie auf Basis der Erhebungen der Untersuchungskommission rasch ein Maßnahmenpaket zur verstärkten Prävention und Abwehr von Terrorismus und Extremismus vorzulegen.